

Zeitung vom Donnerstag 08.08.2024

VERHALTEN DER BUNDESREGIERUNG

Missbrauch von Staatsräson

Von Kenneth Roth

5 Minuten

8. August 2024 ·

**Berlin muss seinen Kurs zum Haftbefehlsantrag gegen Israels
Ministerpräsidenten Netanjahu ändern. Die Bundesregierung gefährdet die
Sicherheit der Juden.**

Im Mai kündigte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, an, dass er Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen des Kriegsverbrechens des Aushungerns palästinensischer Zivilisten in Gaza beantragen werde. Gleichzeitig beantragte er Haftbefehle gegen drei hochrangige Hamas-Kommandeure wegen Gräueltaten und Geiselnahmen am 7. Oktober.

Als die israelischen Medien kürzlich berichteten, die Haftbefehle gegen die Israelis seien in Kürze zu erwarten, kündigte die deutsche Regierung einen Amicus-Curiae-Brief an, um die deutsche Rechtsansicht zu dem Fall gegenüber dem Gericht auszuführen. Dieser Versuch, das Verfahren zu verzögern, verkörpert die zutiefst fehlgeleitete Reverenz der deutschen Regierung gegenüber der israelischen Regierung, trotz des rechtswidrigen Aushungerns und Bombardierens der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza.

Die deutsche Regierung hat ihre Begründung nicht bekannt gegeben, aber anscheinend hat sie vor, eine rechtlich fragwürdige Theorie zu vertreten. Der IStGH folgt dem sogenannten „Grundsatz der Komplementarität“, was bedeutet, dass das Gericht ernsthaften nationalen Ermittlungen und Strafverfolgungen den Vorrang geben soll. Die deutsche Regierung will offenbar argumentieren, dass der IStGH von der Erstellung von

Haftbefehlen absehen sollte, weil von der israelischen Regierung nicht erwartet werden kann, dass sie mögliche Kriegsverbrechen untersucht, solange der Krieg noch dauert.

Wirklich? Anstatt zu versuchen, aktuelle Kriegsverbrechen zu verhindern, sollen Staatsanwälte abwarten und Verbrechen erst im Nachhinein verfolgen? Es wird schwer sein, einen seriösen Militärstaatsanwalt zu finden, der das glaubt.

Auffällig ist auch die Selektivität der deutschen Regierung. Als der IStGH einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin ausstellte, wagte es Berlin nicht, diese neue Theorie vorzubringen, obwohl sein Krieg in der Ukraine noch lange nicht beendet ist.

Netanjahu ignorierte Khans Ermahnungen

Die israelische Regierung zeigt keine ernsthaften Bemühungen, ihre angeblichen Kriegsverbrechen zu untersuchen, wie israelische Menschenrechtsgruppen mehrfach gezeigt haben. Israel hat keine Geschichte der strafrechtlichen Verfolgung hoher Beamter wegen Kriegsverbrechen. Der Chefankläger des IStGH besuchte zweimal die Region und ermahnte die Regierung, ihre Strategie des Aushungerns der palästinensischen Zivilbevölkerung aufzugeben. Die Regierung Netanjahu hat aber weder damit aufgehört, Lebensmittel- und Hilfsgüterlieferungen zu behindern, noch die von Khan erhobenen Vorwürfe untersucht.

Sollte Israel eines Tages eine ernsthafte Untersuchung starten, könnte es sich jederzeit auf das Komplementaritätsprinzip berufen. Aber warum sollte die deutsche Regierung, einer der wichtigsten Unterstützer des IStGH, jetzt vorschlagen, dass das Gericht eine israelische Untersuchung abwarten soll, wenn es keinen Hinweis darauf gibt, dass sie jemals stattfinden wird?

Um ihre außerordentliche Verteidigung der israelischen Regierung zu rechtfertigen, verweist die deutsche Regierung auf die Staatsräson – die Verantwortung für die Wiedergutmachung des Holocausts. Aus persönlicher Sicht kann ich das nachvollziehen. Als zwölfjähriger Junge floh mein Vater im Juli 1938 mit seiner jüdischen Familie aus Frankfurt. Ich bin mit den Lebensgeschichten unter der Naziherrschaft aufgewachsen. Aber das Berufen auf die Staatsräson durch die deutsche Regierung, um hochrangige israelische Beamte vor der Verantwortung zu schützen, steht im Widerspruch zu ihrer langjährigen und wichtigen Unterstützung des Völkerrechts, das heute durch die Autokraten der Welt ernsthaft bedroht ist.

Dieser Missbrauch der Staatsräson beeinträchtigt auch die Sicherheit der Juden. Im Großen und Ganzen werden zwei Gründe dafür gegeben, warum die Nazis die Juden so brutal verfolgten: zum einen, weil die Juden relativ schwach waren, zum anderen, weil die internationalen Menschenrechtsstandards schwach waren.

An beiden Punkten ist etwas Wahres dran, aber die Regierung Netanjahu orientiert sich nur am ersten Punkt. Sie will einen starken Staat Israel, was verständlich ist, aber bei seiner Verteidigung missachtet Israel das Leben und das Wohl von palästinensischen Zivilisten. Dieser eindimensionale Ansatz untergräbt den Respekt vor den Menschenrechten. Wenn es heute eine Menschenrechtsausnahme für Palästinenser gibt, wird es morgen auch eine für Juden (und andere) geben.

Missbrauch des Antisemitismusbegriffs

Zumindest gefährdet diese Indifferenz gegenüber den Menschenrechten die Hälfte der Juden in der Welt, die außerhalb Israels leben, darunter auch in Deutschland. Sie brauchen ein starkes Menschenrechtssystem, insbesondere wegen des wachsenden Antisemitismus. Aber Netanjahu scheint sich nicht viel um die Juden außerhalb Israels

zu sorgen, vor allem, weil so viele über sein Verhalten in Gaza entsetzt sind, ganz zu schweigen von dem endlosen Bau illegaler Siedlungen im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem.

In Deutschland sind Politiker des gesamten politischen Spektrums, Journalisten, neu gegründete und öffentlich finanzierte Nichtregierungsorganisationen wie das Tikvah Institut und wichtige Institutionen wie der Zentralrat der Juden und der Antisemitismusbeauftragte Felix Klein schnell dabei, jeden als antisemitisch zu bezeichnen, der das Verhalten Israels kritisiert, egal wie abscheulich es ist. Diese missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs entwertet den Begriff in einer Zeit, in der eine entschiedene Bekämpfung des Antisemitismus dringend erforderlich ist.

Die Missachtung von Menschenrechtsstandards untergräbt auch die Sicherheit der Juden in Israel. So schockierend und schrecklich die Gräueltaten vom 7. Oktober auch waren – eindeutige Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit –, die Hamas ist die geringere Bedrohung für Israel. Eine weitaus gefährlichere Kraft ist die Hizbullah in Südlibanon, die Zehntausende von Raketen auf Israel gerichtet hat, viele davon zielgenau genug, um die israelische Verteidigung schnell zu überwältigen und große Teile des Landes zu verwüsten. Ein Angriff der Hizbullah auf israelische Streitkräfte wäre schlimm genug. Ein größerer Angriff auf Zivilisten ohne Rücksicht auf Völkerrecht, wie es Israel derzeit in Gaza tut, wäre katastrophal.

Deutsche Staatsräson kann zweidimensional sein. Die deutsche Regierung sollte dazu beitragen, dass Israel stark ist. Aber sie sollte die israelische Regierung auch dazu drängen, die Menschenrechte zu achten. Wenn Israel diese Rechtsnormen ignoriert, sollte die deutsche Regierung das fördern, was für Juden gut ist – ein starkes

Menschenrechtssystem –, und nicht unkritisch verteidigen, was immer die israelische Regierung gerade tut.

Es ist Zeit für eine Kurskorrektur, für ein anderes Verständnis von Staatsräson. Die neue britische Regierung hat letzte Woche den ebenso haltlosen Versuch ihrer Vorgängerin aufgegeben, die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant zu verzögern. Auch die deutsche Regierung sollte dem IStGH-Verfahren Raum geben und keine billigen Ausreden für das unhaltbare Verhalten der israelischen Regierung erfinden.

Professor Dr. Kenneth Roth ist Gastprofessor an der School of Public and International Affairs der Princeton University.